

Dieser Beitrag ist zitierfähig. Bei Verwendung bitte die Quelle angeben. Der Text erscheint am 17. September im Mitgliedermagazin Panorama des Deutschen Alpenvereins in Ausgabe 5/2019.

Die existenziellen Fragen

Die Klimakrise erfordert die Wende von fossilen Energien hin zu Sonnen-, Wind- und Wasserkraft, auch in den Alpen. Kann das gelingen?

Die Alpenkonferenz der Alpenkonvention hat im April 2019 in einer „Innsbrucker Erklärung“ das „Alpine Klimazielsystem 2050“ mit dem Programm „Klimaneutrale und klimaresiliente Alpen“ angenommen. Darin heißt es zum Ausbau der Erneuerbaren Energien bis 2050: „Das Potenzial erneuerbarer Energien zur Deckung des Bedarfs an Strom, Heizung und Mobilität wird im Alpenraum voll ausgeschöpft.“

Vor dieser Aussage müssen die Pläne der Tiroler Landesregierung gelesen werden, Tirol bis 2050 energieautonom zu machen. Da heißt es zum Potenzial bis 2050: „Tirol verfügt noch über ein nutzbares Potenzial aus Wasserkraft von etwa 7 TWh/a. ... In den kommenden zwei bis drei Jahrzehnten soll ein Ausbaupotenzial von 2,8 TWh/a nachhaltig genutzt werden.“ Das sind nochmals rund 42% zum derzeit Vorhandenen (6,7 TWh/a, Stand 2017) hinzu. Das jetzige Projekt „Sellrain-Silz“ in den Stubaier Alpen muss in diesem Zusammenhang gesehen werden. Dort soll zum Speichersee „Finstertal“ ein ähnlicher, etwa 180 Meter tiefer gelegener Speichersee „Kühtal“ im hinteren Längental entstehen. In den neuen Speicher würden aus den südlichen Stubaier Alpen sechs Bäche abgeleitet werden. Die Folge wäre, da jetzt schon einige Bäche in den Speicher Finstertal abfließen, dass in den Stubaier Alpen nur noch wenige Geländekammern unter rund 2000 Metern mit einem „Wildbach“ entwässern – ein eminenter Verlust für das Ökosystem und die alpine Landschaft.

Angesichts dieser Entwicklung bereitet die Absicht, das „Potenzial erneuerbarer Energien“ für das Ziel der „Erneuerbaren dekarbonisierten Alpen“ „voll auszuschöpfen“, große Sorgen. Damit soll die Notwendigkeit, in der Klimakrise die industrielle Gesellschaft bis 2050 klimaneutral zu gestalten, nicht in Frage gestellt werden. Aber dass nun von der Alpenkonvention, dem „völkerrechtlichen Vertrag über den umfassenden Schutz und die nachhaltige Entwicklung der Alpen“, einer weiteren Industrialisierung der alpinen Räume das Wort geredet wird, das stellt uns vor existenzielle Fragen: Wird uns der Umbau der fossil wirtschaftenden Gesellschaften zu Erneuerbaren Energien notwendig in eine weitere Ausbeutung ökologischer und landschaftlicher Ressourcen treiben? Sind Konzepte wie „Renewable Alps“ und „klimaneutrale Alpen“ überhaupt realisierbar?

Diese Fragen sind im Alpenraum nur sichtbarer. Sie gelten für alle dichtbesiedelten und hochindustrialisierten Länder: Ist bei äußersten Anstrengungen der Energieeffizienz und des Energiesparens der „Rest“ überhaupt auf die nationalen Ressourcen an Windkraft, Fotovoltaik, Biomasse und Wasserkraft abbildbar? Geht das ohne eine zweite Eroberung nach der ersten „Eroberung der Natur“, wie sie der Historiker David Blackbourn für die bereits vollzogene Industrialisierung der Landschaftsräume und Wasserläufe beschrieben hat? Sie hat den dramatischen Verlust an Biodiversität verursacht. Was passiert mit den Landschaften? Mit der Fridays-for-Future-Bewegung ist die Klimakrise wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt worden. Nun wird die Energiewende selber, die nicht nur eine technische Frage ist, sondern eine Frage nach dem „Wie wollen wir leben?“, zum zentralen Problem. Der Alpenverein spürt diese Frage jetzt schon, wenn ihm nicht nur die Fundamente der Hütten im tauenden Permafrost wegbrechen, sondern wenn er im Kampf gegen den Klimawandel jene fundamentalen Landschaften verliert, die seit nun 150 Jahren zu seinen höchsten Gütern zählen.

Diese existenziellen Fragen werden den Alpenverein in den kommenden Jahren herausfordern: Wie hältst Du es mit dem Naturschutz in der Energiewende? Für die Hauptversammlung hat der Alpenverein in seinem Jubiläumsjahr eine Resolution formuliert, die an den Kern der Klimakrise geht: Er fordert eine konsequente Klimapolitik, unter anderem in der Erkenntnis, dass das Deponieren von CO₂ in der Atmosphäre einen Preis bekommen muss, national, europäisch und perspektivisch global. Denn, wie es Felix Matthes vom Öko-Institut Freiburg formuliert hat: „Ein CO₂-Preis ist nicht alles. Aber ohne ihn ist alles nichts.“

*Der Physiker **Rudi Erlacher** ist seit 2015 als DAV-Vizepräsident zuständig für Natur- und Umweltschutz. Bei der diesjährigen Hauptversammlung stellt er sich nicht mehr zur Wiederwahl.*